

Beschluss des Landrats vom 30.01.2020

Nr. 351

19. Einsetzung eines oder einer Klimadelegierten und einer Task Force zur Erreichung der Klimaziele und der Koordination der Massnahmen zum Umgang mit dem Klimawandel

2019/609; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion ablehne. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Thomas Noack (SP) möchte hier keine Grundsatzdiskussion über den Klimawandel führen. Die Ausgangslage für die Motion ist, dass der Kanton schlicht und ergreifend dringend einen gescheiterten und lösungsorientierten Umgang mit dem Klimawandel finden muss. Vor einem liegen zwei Handlungsstränge. Der erste betrifft die Zielsetzungen, den CO₂ Ausstoss zu verringern – Stichworte Kyoto Protokoll, Pariser Abkommen und Netto Null bis 2050. Dazu muss der Kanton einen Beitrag leisten. Auf dem zweiten Handlungsstrang gilt es, einen Umgang mit den Veränderungen des Klimas zu finden. In beiden Handlungssträngen müsste die Regierung die Führung deutlich stärker übernehmen.

Zur Reduktion des CO₂ Ausstosses: Es wurde heute ausgiebig über das Energieförderpaket gesprochen. Das ist ein wichtiges Massnahmenpaket. Es sei hier in Erinnerung gerufen, dass der Gebäudebereich nur für rund einen Viertel des CO₂ Ausstosses verantwortlich ist. Für einen zweiten Viertel ist die Mobilität zuständig, einen weiteren Viertel steuert die Landwirtschaft bei und der letzte Viertel kommt aus der Industrie. Über eine Strategie oder konkrete Massnahmen in diesen Bereichen hat man im Landrat noch sehr wenig gehört.

Der Umgang mit der Veränderung des Klimas betrifft anspruchsvolle Themenfelder, wie zunehmende Hitze in den Siedlungen, Folgen für die Gesundheit, Trockenheit und in der Folge Wassermangel in der Landwirtschaft und im Wald, die Zukunft der Wasserversorgung, zunehmende Extremereignisse und den Umgang mit Naturgefahren, um nur die wichtigsten zu nennen.

Die Handlungsfelder betreffen den Bau, die Planung, die Gesundheit, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Wasserversorgung, die Bildung, die Finanzen und die Gesetzgebung und vermutlich noch einige mehr. Wenn man sich nun überlegt, wo diese Themen bearbeitet werden, realisiert man sehr schnell, dass alle Direktionen gefordert sind und es dringend eine Strategie und die Koordination der Massnahmen über die Direktionen hinweg braucht.

Der Umgang mit dem Klimawandel ist, zumindest aus Sicht des Votanten, eine der grössten Herausforderungen für die Verwaltung in den kommenden Jahren. Die Handlungsfelder betreffen alle Direktionen. Der lösungsorientierte Umgang mit dem Klimawandel muss endlich, genauso wie zum Beispiel die Standortförderung oder die Sanierung der Kantonsfinanzen, zu einem Schlüsselthema in diesem Kanton werden. Und die Regierung muss so, wie sie es mit der Standortförderung oder der Sanierung der Kantonsfinanzen getan hat, hier die Verantwortung und die Führung übernehmen. Die Überzeugung ist, dass es dazu in der Verwaltung eine Persönlichkeit braucht, welche das Thema führt und mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Darum hat der Motionär seinen Vorstoss eingereicht.

In der letzten Zeit wurde der Landrat mit einer Fülle von Einzelvorstössen zum Thema Klimawandel konfrontiert. Das ist ein sehr hilfloses Vorgehen. Vielleicht ist es auch die pure Verzweiflung derjenigen, welche die Bedeutung und die Dringlichkeit dieses Themas verstanden haben.

Aber, Hand aufs Herz – eigentlich müsste die Regierung das Heft in die Hand nehmen und mit einem klaren Willen zum Handeln und einer Strategie das Thema führen. Mit der Motion würde ihr dieser Auftrag ein Stück weit erteilt.

In ihrer Antwort legt die Regierung dar, dass sie die Aufgabe an das Lufthygieneamt delegiert hat. Der Votant kennt einige Mitarbeitende des Lufthygieneamts und schätzt Ihre Fachkompetenz sehr. Aber es glaubt wohl niemand im Ernst, dass ein Sachbearbeiter im Lufthygieneamt in der hierarchischen Position ist, diese Themen über die Direktionen hinweg zu koordinieren. Und genau hier setzt die Motion an. Der Regierungsrat soll seine Führungsverantwortung wahrnehmen und eine Persönlichkeit einsetzen, die für das Klimadossier verantwortlich ist und mit den notwendigen Kompetenzen führt. Sie muss übergeordnet die Strategie entwickeln, die relevanten Handlungsfelder benennen und Massnahmen vorschlagen und diese Massnahmen über die Direktionen hinweg koordinieren und umsetzen. Und sie muss das in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und den Fachleuten aus den Direktionen machen.

Der Votant bittet deshalb, seine Motion zu unterstützen, damit der Kanton handlungsfähig wird und dem Dossier Klimawandel endlich die richtige Bedeutung gibt.

Florian Spiegel (SVP) ist stets ein grosser Fan von Linard Candreia, wenn er zu profanen Dingen mit fast prophetischen Reden auffährt. Da hört er immer gerne zu – vor allem seinen Zitat. Beim Lesen dieses Vorstosses fiel dem Votanten auf, dass hier eigentlich ein Zitat passen würde. Da er keines fand, schrieb er eben selber eines:

*«Das Ziel aus dem Auge
Das Klima tot
Als höheres Gut gedacht
Unter Vorstössen erstickt.»
Florian Spiegel, Dezember 2019.*

[Heiterkeit] Worum geht es? Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass er mit der Anlaufstelle das Anliegen umsetzen möchte. Diese Möglichkeit sollte man ihm auch geben. Im letzten Herbst argumentierten Roman Brunner und Andrea Heger bei einem Bildungsvorstoss der FDP genau damit, dass man die Sache doch erst laufen lassen und der Regierung die Möglichkeit geben solle, es zum Abschluss zu bringen, bevor man mit einem nächsten Vorstoss nachdoppelt. Bei diesem Thema, meint der Votant, ist es genau dasselbe. Der Regierungsrat soll die Möglichkeit erhalten, das Anliegen umzusetzen. Ist das Ergebnis dann nicht zufriedenstellend, wird sich der Votant sicher daran beteiligen, nachzudoppeln und aufzurollen. Solange er aber noch am Arbeiten ist, sollte man ihn nicht stören und er soll die Zeit erhalten, die er benötigt. Deshalb wäre auch ein Postulat nicht das Richtige. Postulate im Bereich Klima sollten wirksam sein und eine direkte Handhabung haben. Das war auch der Grund, weshalb die SVP die Parlamentarische Initiative «Regierungsvorlagen unter Berücksichtigung des Klimas» unterstützte. Ebenso wird sie sich für das nachfolgende Postulat betreffend Batterie und Wasserstoffbrennzellen einsetzen. Denn dort, wo es einen Handlungsspielraum und einen direkten Einfluss gibt, ist eine Unterstützung sinnvoll. Man soll aber nicht die ganze Thematik unter Vorstössen ersticken und damit der Verwaltung und der Regierung das Handeln erschweren. Der Vorstoss von Thomas Noack wird aus diesem Grund von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Meret Franke (Grüne) hört, wie schon wieder übers Klima geredet wird. In jeder der ersten 10 Landratssitzungen in dieser Legislatur wurde mehrfach darüber debattiert. Das Thema brennt. Die Regierung anerkennt den Klimawandel als wichtiges Thema, und wird in diesem Bereich auch selber aktiv werden. Auch auf der Verwaltung werden in den nächsten Jahren alle Projekte auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden müssen. Weil der Klimawandel ein sehr komplexes Thema ist, das vom Verkehr, der Energie, Mobilität, Landwirtschaft bis zum Wald und den Gewässern so viele verschiedene Bereiche betrifft, braucht es dringend eine Schlüsselstelle – eine Fachperson, welche den Überblick behält und kompetent im übergeordneten Thema Klima ist. Eine Fachperson, welche koordinieren und vernetzen kann. Das ist für den Kanton von grossem Nutzen, wenn

man tatsächlich etwas gegen den Klimawandel unternehmen möchte. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Motion einstimmig.

Mit der Schaffung von zusätzlichen Strukturen wird laut **Martin Dätwyler** (FDP) keine Tonne CO₂ eingespart. Entscheidend bei der Umsetzung des Klimaschutzes ist unter anderem, dass die Regierungsräte ihre Führung der Umsetzungsprozesse auch wahrnehmen. Jeder einzelne, ohne zu delegieren. Die FDP-Fraktion hat den Eindruck gewonnen, dass die Regierung das tut. Sie setzt Koordinationsstellen ein, hat ein klar strukturiertes Controlling und berichtet dem Landrat regelmässig, wie sie die Führungsverantwortung wahrnehmen möchte. Zusätzliche Strukturen sind aus Sicht der FDP-Fraktion nicht nötig, weshalb sie die Motion ablehnt.

Markus Dudler (CVP) sagt, dass die CVP/glp-Fraktion die Motion ablehne. Sie ist sich einig, dass der Lead, um dem Klimawandel zu begegnen, bei der Regierung ist. Der Regierungsrat muss entsprechend Strukturen schaffen, um das Thema effizient bearbeiten zu können. Es kann aber nicht sein, dass der Landrat ihr diese Stelle aufs Auge drückt, obschon sie in ihrer Antwort schreibt, dass es solche Strukturen bereits gibt, um diese wichtige Angelegenheit bearbeiten zu können.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) möchte erstens festhalten, dass die Regierung das Heft bereits in die Hand genommen hat. Sie arbeitet schon längere Zeit überdirektional zusammen. Ein sehr gutes Zeugnis ist dafür zum Beispiel das neue Langfristprogramm, womit man zum ersten Mal im AFP einen zehnjährigen Ausblick integriert hat, der zeigt, wo man hinmöchte und was man machen möchte. Daran lässt sich die überdirektionale Arbeitsweise gut ablesen – unter anderem zum Thema Klima.

Zweitens ist die Regierung auch konkret aktiv geworden. So wurde im Jahr 2019 eine Koordinationsstelle Klima geschaffen, die im Lufthygieneamt angesiedelt ist – was nicht falsch ist. Es wurde ebenfalls ein Bericht in Auftrag gegeben, der in diesem Jahr veröffentlicht werden und eine Bestandsaufnahme vornehmen soll, die zeigt, was es bereits gibt, woran man ist, wo es Defizite gibt und was noch auf einen zukommt.

Der Votant möchte nicht den Anschein erwecken, als wäre alles piccobello und als gäbe es keinen weiteren Bedarf mehr. Zurzeit wäre es aber nicht der richtige Ansatz, einen Delegierten einzusetzen. Die Regierung spricht sich somit eher gegen den Weg und nicht gegen den Inhalt der Motion aus. Entsprechend beantragt sie Ablehnung der Motion.

Mirjam Würth (SP) ist etwas verwundert über die Geschlossenheit der Ablehnung. Sie ruft in Erinnerung, dass es in diesem Kanton immerhin eine Taskforce Stau gibt. Man stelle sich einmal die Tragweite dieses Themas vor, dass man sich eine Taskforce samt einem Staumanager leistet! Ihr scheint, als hätte man die richtige Flughöhe irgendwie verloren, wenn man einerseits dem Stau diese Bedeutung beimisst, und auf der anderen Seite meint, das Klima-Thema in einem Nebenamt im Lufthygieneamt abhandeln zu können.

Laut **Bálint Csontos** (Grüne) lautet eine der Empfehlungen des IPCC (Weltklimarat), das Thema Klima in Regierungen und Verwaltungen als Querschnittsaufgabe zu organisieren. Es ist dies auch die zentrale Erkenntnis der letzten Jahrzehnte. Es reicht nicht mehr, das Thema in einer Direktion oder Amtsstelle anzusiedeln – und damit wäre es gemacht. Man kann heute vielmehr, ähnlich wie bei den Finanzen, keine Aufgabe mehr betrachten, ohne sich zu fragen, was das in Bezug auf das Klima bedeutet. Das Parlament ist ja kurz davor, zu beschliessen, dies auch in Berichten der Regierung neu so zu handhaben. Deshalb wäre es nur logisch, wenn die Regierung dies in ihren internen Prozessen entsprechend tun würde. Es liegt ja eigentlich in der Zuständigkeit der Regierung, ihre Verwaltung zweckmässig zu organisieren. Es ist aber nicht falsch, wenn man als Parlament oder als Bevölkerung sie darauf hinweist, dass man das gerne früher als später hätte.

Im Wirtschaftsförderungsgesetz heisst es in § 2 Abs. 3: «Der Standortförderung obliegen alle administrativen Aufgaben, die sich aus der Umsetzung dieses Gesetzes ergeben». Die Standortförderung arbeitet also mit allen Direktionen zusammen. Es gibt auch Generalsekretariate, die in ihrem Fachbereich Weisungskompetenz in andere Ämter haben. Weiter gibt es Beispiele aus dem Ausland; so wurde in Deutschland ein Klimakabinett eingesetzt, ein ministerienübergreifendes Gremium, das sich mit sämtlichen Klimafragen befasst. Man kann über Vor- und Nachteile einzelner Lösungen streiten. Unstrittig ist aber, dass es eine braucht.

An einer anderen Stelle heisst es: «Alle administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen obliegen einer Klimakoordinatorin oder einem Klimakoordinator». Dieser Text ist ein Auszug aus der Klimaschutz-Initiative (§ 4) der Grünen Baselland, die nach rekordkurzer Unterschriftensammlung eingereicht wurde. Man wird also in diesem Rat so oder so ein zweites Mal die Gelegenheit haben, nochmals über diese Frage zu diskutieren.

Abschliessend eine Replik auf das Votum von Florian Spiegel. Der Votant hat gerne gehört, dass die SVP Massnahmen zur Einsparung von CO₂ unterstützen würde. Wenn also die SVP in Zukunft Vorschläge in dieser Richtung einbrächte, wären die Grünen noch so gerne dabei.

Marc Schinzel (FDP) findet, dass Bálint Csontos in einem Satz (unter den vielen Sätzen, die er gesagt hat) gut formuliert habe, dass es eigentlich in der Kompetenz der Regierung liege, sich sachgerecht und richtig zu organisieren. Der Votant hat volles Vertrauen in die Regierung, dass sie dies tut, was sie in ihrer Antwort übrigens auch bestätigt hat.

Die FDP-Fraktion ist nicht überzeugt von der Qualität dessen, was da gefordert wird. Die Erfahrung zeigt nämlich noch und nöcher, dass es nur zu mehr Schnittstellen führt, wenn über allem ein Super-Klima-Mann oder eine Super-Klima-Frau sitzt. Damit wird das Verfahren verkompliziert, es gibt überlappende oder unklare Verantwortungsbereiche, weil immer jemand mitredet und man nicht weiss, wo, wie und warum. Und dann beschäftigt man sich lange mit der Organisation, der Definition des Aufgabenbereichs. Das ist alles nicht zielführend. Die Regierung hat in ihrer Antwort richtig darauf hingewiesen, dass es diese Koordination heute schon gibt. Es ist besser, wenn man diese Aufgabe in der bestehenden, eingespielten Struktur ansiedelt, statt einen Überbau zu errichten, was immer zu Reibungsverlusten und zusätzlichem Aufwand führt und eingespielte Prozesse verkompliziert und verlangsamt.

Thomas Noack (SP) möchte dem eben Gesagten entgegen, dass es in diesem Kanton eine Standortförderung gibt, die genau diese Funktion in ihrem Bereich übernimmt. Es ist eine sehr gute Institution, eine Anlaufstelle mit hoher Kompetenz. Beim Klimadelegierten stellt sich der Moti-onär etwas Ähnliches vor: eine hoch kompetente Anlaufstelle, die alle Fragen bündelt und weiterträgt.

Zu Florian Spiegel: Der Votant erhofft sich von seinem Vorstoss auch, dass es in Zukunft weniger unkoordinierte Vorstösse gibt, weil die Stelle diese Einzelmassnahmen, die ganz wichtig sind und auch ergriffen werden sollen, miteinander koordiniert und dadurch etwas Ruhe ins Geschehen bringt. Dann muss der Landrat vielleicht auch nicht mehr über alle Details abstimmen und mit seiner etwas beschränkten Fachkompetenz immer wieder Vorstösse einbringen, sondern es ist der Stelle dann eher möglich zu sehen, welche Massnahmen die richtigen sind.

Bálint Csontos (Grüne) findet an Marc Schinzel gewandt, dass sich das mit den Kompetenzen auch ausbauen lasse. Es sagt ja niemand, wie genau es zu funktionieren hat. Der Votant hatte aus dem Grund ein paar Beispiele aufgezählt, wobei die Umsetzung dem Regierungsrat überlassen wäre. Marc Schinzel hatte aber auch ein Bedenken geäussert, das der Votant ein Stück weit nachvollziehen kann – jenes mit der unklaren Verantwortlichkeit. Paragraph 5 der Klimaschutz-Initiative ist betitelt mit «Verantwortlichkeit der Direktionen», womit das geklärt wäre.

://: Mit 46:39 Stimmen wird die Motion abgelehnt.
